

2. Verhandlungsrunde

„Können wir nicht!

Wollen wir nicht!

Machen wir nicht!“



„Können wir nicht! Wollen wir nicht! Machen wir nicht! – Mit diesem Dreiklang haben der Bund und vor allem die Kommunen gestern und heute dafür gesorgt, dass wir einem tragfähigen Kompromiss kaum nähergekommen sind.“ Mit diesen Worten fasste dbb Tarifchef Volker Geyer den Verhandlungsverlauf der zweiten Runde in Potsdam zusammen. „Dabei war der Beginn gestern durchaus positiv“, führte Geyer gegenüber den Medien weiter aus, „wir hatten zahlreiche Arbeitsgruppen abgesprochen, um dort in aller Ruhe Detailfragen zu klären.“ Auch hatte VKA-Verhandlungsführerin Karin Welge im Vorfeld der Einkommensrunde davon gesprochen, auf einen „konstruktiven Dialog“ setzen zu wollen und ferner gefordert, dass der Tarifabschluss nicht zu „Einschränkungen im kommunalen Leistungsangebot führen“ dürfe.

„Das ist eine verquere Logik, da es diese Einschränkungen längst gibt“, stellte Geyer klar, „denn den Kommunen fehlt doch längst an allen Ecken und Enden das nötige Personal, um das gewollte Leistungsangebot tatsächlich zu erbringen. Denn die Arbeit dort hat spürbar an Attraktivität verloren. Und genau das wollen wir hier in Potsdam ändern. Dazu gehört selbstverständlich mehr Einkommen, dazu gehören aber mehr denn je auch bessere und selbstbestimmtere Arbeitsbedingungen. Manches kostet Geld und manches kostet guten Willen.“ Dieser Wille war während der Potsdamer Verhandlungstage bei Bund und VKA nicht spürbar. Weder in den Arbeitsgruppen, noch im kleinen Kreis der Verhandlungsspitzen.

Den Arbeitgebenden fehlt der politische Wille zur Einigung!

„Die Gewerkschaften sind an einem Kompromiss am Verhandlungstisch interessiert. Allerdings ist das mit Arbeitgebenden, die den Kopf in den Sand stecken, nicht möglich“, machte Geyer den gewerkschaftlichen Willen zum Abschluss deutlich. „Leider hat es kein Angebot und auch sonst keinerlei Fortschritt gegeben. Bisher wissen wir tatsächlich nur, dass die Arbeitgebenden die Erwartung haben, einen Abschluss mit sehr langer Laufzeit abschließen zu wollen.“ Geyer weiter: „Natürlich sind die Themen komplex, aber entscheidend ist der politische Wille. Und der fehlt bei den Arbeitgebern komplett.“

Druck aufrechterhalten!

Von der Sitzung der dbb Verhandlungskommission berichtete Andreas Hemsing, stellvertretender Vorsitzender der BTK des dbb, „dass Einigkeit bestand, weiterhin mit bundesweiten Aktionen klarzumachen, dass wir ebenso aktions- wie verhandlungsbereit sind. Unsere Kommission ist gestern nach Potsdam angereist und hatte die Erwartung, in den Betrieben von Fortschritten berichten zu können. Die jedoch gibt es nicht einmal in mikroskopisch kleinen Dosen. Positiv ist, dass das den Willen zur Kon-

JETZT **8%** mind. 350 Euro





17. Februar 2025, Potsdam



frontation noch einmal gestärkt hat. Ich rechne mit noch mehr und noch entschlosseneren Aktionen in den nächsten Wochen.“ Folglich hat der dbb noch am Verhandlungsabend die allgemeine Warnstreikfreigabe für die Zeit bis zur nächsten Verhandlungsrunde erteilt. dbb Verhandlungsführer Geyer abschließend: „Es ist wichtig, dass wir präsent bleiben, denn nach zwei Verhandlungsrunden haben die Arbeitgeber in keinem Bereich Kompromissfähigkeit signalisiert. Das ist mehr als mager. Für uns im dbb kommt es jetzt auch darauf an, dass die Bundesbeamtinnen und -beamten mit auf die Straße gehen. Denn auch die Übernahme des Tarifabschlusses ist ganz gewiss kein Selbstläufer – nicht in diesen Zeiten.“

Wann und wo?

Wann und wo der dbb und seine Fachgewerkschaften in den nächsten Wochen Demos und Streiks durchführen, werden die jeweiligen Streikleitungen rechtzeitig kommunizieren.



[www.dbb.de/
einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

Am 13. Februar 2025 wurde in München ein Demozug von ver.di Opfer eines ebenso heimtückischen wie brutalen Anschlags. Zwei Menschen starben, etwa 30 Kolleginnen und Kollegen wurden zum Teil schwer verletzt und traumatisiert. Die Gewerkschaften des dbb und des DGB haben daraufhin beschlossen, auf laute Töne und bunte Fahnen vor dem Potsdamer Tagungshotel zu verzichten. Stattdessen fand unter dem Motto „Solidarität und Verantwortung“ eine gemeinsame Veranstaltung statt, auf der Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam auftraten. Für den dbb sprach dbb Vize Volker Geyer.

Nachfolgend ein Auszug aus seiner Rede:

„Das feige Attentat zeigt nun, dass wir in diesen Zeiten in besonderer Weise gemeinsam bedroht sind. Unsere friedliche Art, tarifautonom die Arbeits- und Entgeltbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen auszuhandeln, wird durch solche Gewalttaten in Frage gestellt. Wer demnächst wieder für unsere Ziele auf die Straße geht, braucht mehr Mut als bisher. Denn er oder sie wissen auch, dass das Wahrnehmen demokratischer Rechte weltweit immer mehr in Frage gestellt wird. Deshalb wünsche ich mir, dass aus unserer gemeinsamen Trauer am Ende auch gemeinsamer Mut erwächst, unsere demokratischen Rechte auch in Zukunft offensiv wahrzunehmen.“



- ☐ Ich möchte zunächst DPoIG-Informationsmaterial erhalten.
☐ Ich möchte ab _____ DPoIG-Mitglied werden.

Name* _____

Vorname* _____

Geb.-Datum _____

Straße* _____

PLZ/Ort* _____

E-Mail _____

Zutreffendes bitte ankreuzen*

- | | |
|---|--|
| ☐ Beamter / Beamtin | ☐ in Ausbildung |
| ☐ Arbeitnehmer/in | ☐ im Ruhestand |
| ☐ Allg. Verw.-Dienst | ☐ tech. Dienst |
| ☐ Vollzugsdienst | |

Bes./Entgeltgruppe _____
☐ Teilzeit, Stunden _____
 Dienstherr / Arbeitgeber _____
 Amt / Dienststelle / Betrieb _____
 Gewerkschaftsmitglied bei _____
 von _____ bis _____

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: Deutsche Polizeigewerkschaft, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 47 37 81 23, Telefax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen unter: E-Mail: dpolg@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dpolg.de/datenschutz/

Datum / Unterschrift _____

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
 Telefon: 0 30. 47 37 81 23, Fax: 0 30. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de, Internet: www.dpolg.de